

Für eine arbeitnehmerorientierte SPD

Ein Appell an die Delegierten des SPD-Bundesparteitages

Der Vorstoß von Kurt Beck, die Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I für ältere Arbeitnehmer zu verlängern, hat eine Diskussion um den arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Kurs in der SPD-Führung ausgelöst. Unabhängig von der gegenwärtigen Diskussion verfolgen wir, Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, seit langem mit großer Aufmerksamkeit die beunruhigende Entwicklung der ältesten Partei Deutschlands.

Die SPD entstammt der deutschen Arbeiterbewegung. Ihre politischen Reformen verfolgten stets das Ziel, das Leben der arbeitenden Bevölkerung zu verbessern. Mit der Agenda 2010 und Hartz IV hatte sich die Partei von ihrer reformpolitischen Tradition weitgehend verabschiedet. Wir erkennen an, dass die jüngsten Debatten und vor allem der Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm der SPD in die richtige Richtung gehen. Aber die SPD hat nach wie vor ein Glaubwürdigkeitsproblem: Sie wird vielfach nicht mehr als „Schutzmacht der kleinen Leute“ wahrgenommen. Wir wollen nicht länger hinnehmen, dass einige führende sozialdemokratische Politiker diese Debatten und Stimmungslagen ignorieren. Die Delegierten sollen wissen: Wir werden uns über den Parteitag hinaus jedem Versuch in den Weg stellen, die SPD in eine beliebige Partei zu verwandeln. Der Parteivorsitzende Kurt Beck weiß uns an seiner Seite, wenn es darum geht, die Partei wieder auf einen arbeitnehmerorientierten Kurs zu führen.

Der programmatische Kurswechsel der Schröder-Jahre ging einher mit einer Politik des Sozialabbaus. Betroffen war und ist die Mehrheit der Menschen in unserem Land, ob mit oder ohne Arbeit, ob jung oder alt, ob Mann oder Frau, ob Deutsche oder Ausländer.

Die so genannten „Reformen“ haben unser Land tiefgreifend verändert. Existenzangst, Hoffnungslosigkeit, Ohnmacht und soziale Ausgrenzung haben zugenommen. Sozial Schwache, Langzeitarbeitslose und ältere Menschen werden von der Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum systematisch ausgegrenzt. Selbst die Mitte unserer Gesellschaft lebt vielfach in der Sorge, dass sie ihren sozialen und

gesellschaftlichen Status jederzeit verlieren kann. Der soziale Aufstieg ist hierzulande zur Ausnahme geworden. Die Zweiklassengesellschaft, die schon überwunden schien, ist wieder auf dem Vormarsch. Leider auch Dank einer von Sozialdemokraten verantworteten Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Noch nie seit der deutschen Wiedervereinigung war die Kluft zwischen Arm und Reich so groß. Noch nie war die Armut in unserem gesellschaftlichen Alltag so sichtbar wie heute. Noch nie drohte Millionen von Menschen eine Armutskarriere. Lohnarmut, Kinderarmut, Altersarmut und Bildungsarmut betreffen heute nicht mehr nur Randgruppen unserer Gesellschaft. Sie sind längst zu einem gesellschaftlichen Massenphänomen geworden.

Lohnarmut

Der Preis der Ware Arbeitskraft war und ist stets umkämpft. Der Arbeitsmarkt ist aber kein Kartoffelmarkt, auf dem das freie Spiel von Angebot und Nachfrage den Preis bestimmt. Auf dem Arbeitsmarkt geht es immer um Machtfragen. Und sozialdemokratische Regierungspolitik hat die Gewerkschaften empfindlich geschwächt.

Durch den Ausbau des Niedriglohnsektors, die politische Förderung der Leiharbeit, erweiterte Befristungsmöglichkeiten, einen durchlöchernten Kündigungsschutz, etc. stieg der Druck auf unsere Kolleginnen und Kollegen. Die Privatisierungspolitik und Hartz IV taten ein Übriges. Die lohn-, arbeits- und sozialpolitischen Folgen sind inzwischen unübersehbar:

Die Reallöhne kommen seit Mitte der 90er Jahre nicht mehr vom Fleck. Armutslöhne breiten sich aus. Fast ein Fünftel der sozialversicherungspflichtigen Vollzeitbeschäftigten gehen mit weniger als 1630 € brutto nach Hause. Rund 1,2 Mio. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nehmen ergänzende Hartz-IV-Leistungen in Anspruch. Jeder Zweite davon arbeitet Vollzeit. Fast 7 Mio. Menschen sind geringfügig beschäftigt, davon 5 Millionen ausschließlich in Minijobs. In einzelnen Dienstleistungsbranchen arbeitet jeder Zweite als Minijobber. Dort sind die Beschäftigten, zumeist Frauen, überdurchschnittlich auf Hartz IV angewiesen. Junge Menschen werden häufig als Praktikanten oder Scheinpraktikanten beschäftigt. Über 300.000 Menschen arbeiten als Ein-Euro-Jobber. Heute gibt es rund 700.000

Leiharbeiter. Doppelt so viele wie noch 2003. 12 Prozent der Leiharbeiter erhalten ergänzendes Arbeitslosengeld II. Fast 2,5 Mio. Beschäftigte haben einen befristeten Arbeitsvertrag.

Ähnlich wie die staatliche Förderung prekärer Beschäftigung übt Harz IV massiven Druck auf die unteren Lohngruppen aus. Viele unserer Kolleginnen und Kollegen haben den drohenden sozialen Abstieg tagtäglich vor Augen. Schon Morgen kann jeder von uns betroffen sein. Schon Morgen kann nach dem Verlust des Arbeitsplatzes der tiefe Fall in die Bedürftigkeit folgen. Dies macht unsere Belegschaften unsicher, unsere Gewerkschaften schwach und unsere Betriebsräte erpressbar.

Kinderarmut

Die Kinderarmut steigt. Über 2,7 Mio. Kinder leben heute in Armut. Weitere 2,5 Mio. Kinder leben im armutsnahen Bereich. Damit ist fast jedes zweite Kind in Deutschland arm oder fast arm. Viele Kinder können von Geburt an nur eingeschränkt am gesellschaftlichen Leben teilhaben. Materielle Armut verbunden mit sozialer und Bildungsarmut verhindern den sozialen Aufstieg. Die Situation von Einwandererkindern ist noch schlechter als die vieler ihrer deutschen Altersgenossen. Die soziale und kulturelle Desintegration ist nicht nur eine Frage der sozialen, sondern auch der ethnischen Herkunft. In vielen Metropolen der Republik existieren Ghettos, welche chancen- und perspektivlose Jugendliche, überwiegend mit Migrationshintergrund, beheimaten. Hier entsteht ein Heer der Ausgegrenzten. Sie verlieren jeglichen Bezug zu unserer demokratischen und freiheitlichen Grundordnung. In der Regel steht Ihnen eine Armutskarriere bevor, wenn dagegen nichts unternommen wird. Ein sozialdemokratisches Reformprojekt besteht darin, sie wieder in die Mitte der Gesellschaft zurückzuholen.

Altersarmut

Die staatliche Förderung des Niedriglohnssektors führt nicht nur zu Lohn-, sondern auch zu Altersarmut. Um eine Rente auf Hartz IV-Niveau ab dem 65. Lebensjahr beziehen zu können, muss ein Arbeitnehmer 45 Jahre lang einen monatlichen Bruttolohn von 2080 Euro beziehen. Einem Drittel der Arbeitnehmer droht zukünftig Altersarmut. Denn niedrige Löhne und kürzere ALG I-Bezugszeiten führen zu

Rentenansprüchen, die erheblich unter dem Hartz IV-Satz liegen. Da schützt nicht einmal ein gesetzlicher Mindestlohn von brutto 7,50 Euro pro Stunde bzw. von 1200 Euro im Monat. Die Lebensleistung unserer Kolleginnen und Kollegen wird dadurch entwertet. Aber auch die gesetzliche Rentenversicherung verliert durch diese Entwicklung zunehmend ihre Legimitation.

Die Antwort des sozialdemokratischen Arbeitsministers besteht in der Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre. Dies bedeutet besonders für Berufsgruppen mit schwerer körperlicher oder psychischer Belastung und geringem Einkommen ein massives Rentenkürzungsprogramm. Das ursozialdemokratische Ziel eines menschenwürdigen Lebens im Alter ist in Vergessenheit geraten.

Für eine sozialdemokratische Reformpolitik

In den Betrieben hat die SPD massiv an Rückhalt verloren. Die Lebensverhältnisse vieler unserer Kolleginnen und Kollegen haben sich verschlechtert. Politiker unserer Partei haben dies mitverantwortet. Eine Fortsetzung der bisherigen Politik lehnen wir im Interesse unserer Kolleginnen und Kollegen, aber auch im Interesse unserer Partei entschieden ab.

Wir fordern die Parteitage delegierten auf, für eine Besinnung der Partei auf ihre historischen Kernaufgaben einzutreten. Eine Politik für soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit. Kurzum: Eine Reformpolitik, die diesen Namen auch verdient.

Wir müssen jetzt die Lehren aus der Vergangenheit ziehen und den Blick nach vorne richten. Kurt Becks Widerstand gegen weitere Zumutungen und Kürzungen sowie seine Initiative für eine Korrektur der Agenda-Politik begrüßen wir ausdrücklich. Weitere Schritte müssen folgen, um die soziale Spaltung unserer Gesellschaft zu überwinden. Wir wollen unsere Partei wieder auf einen arbeitnehmerorientierten Kurs bringen. Wir verstehen Reformpolitik als eine Politik, die die Position der abhängig Beschäftigten und ihrer Interessensorganisationen aktiv stärkt, sowie die sozial Schwachen schützt und fördert. Hiefür bedarf es zunächst eines politischen Sofortprogramms:

- In vielen Branchen brauchen wir gesetzlich garantierte Mindestlöhne und wir wissen, dass nur ein gesetzlicher Mindestlohn von mindestens 7.50 Euro pro Stunde heute noch Millionen Arbeitnehmer vor Ausbeutung retten kann.

- Die staatliche Förderung des Niedriglohnsektors muss gestoppt werden. Mini-, und Midijobs sollten eingedämmt werden. Ihre steuerliche Förderung muss beendet werden. Ein-Euro-Jobs gehören als Instrument der Arbeitsmarktpolitik abgeschafft. Stattdessen fordern wir den Ausbau eines öffentlichen Beschäftigungssektors mit einer tariflichen Entlohnung unter der Wahrung eines gesetzlichen Mindestlohnes von mindestens 7,50 Euro pro Stunde.
- Leiharbeit muss begrenzt und ihr Missbrauch bekämpft werden. Dem Grundsatz gleicher Lohn für gleiche Arbeit gilt es wieder Geltung zu verschaffen.
- Wir lehnen eine Anhebung des Renteneintrittalters von 65 auf 67 Jahre ab, da dies besonders bei stark belasteten Berufsgruppen zu einer zusätzlichen Rentenminderung führt.
- Die restriktiven Voraussetzungen für den Anspruch auf eine Erwerbsminderungsrente müssen überarbeitet und den individuellen Bedürfnissen der Betroffenen angepasst werden.
- Wir plädieren für die Einführung einer Mindestrente, die weit über dem Hartz IV-Satz liegt. Jemand, der lange gearbeitet hat, darf nicht mit einer Rente in Höhe der vorleistungsfreien Sozialhilfe abgespeist werden.
- Wir fordern eine spürbare Anhebung der Hartz IV-Sätze, in einem ersten Schritt vor allem für Kinder und Jugendliche. Die Zumutbarkeitskriterien für Hartz IV-Empfänger müssen entschärft werden. Stattdessen sollten Fort-, Weiterbildungs- und Umschulungsmaßnahmen sowie eine aktive Beschäftigungspolitik massiv ausgebaut werden. Förderung anstelle von Bestrafung ist der geeignete Weg zum Abbau der Arbeitslosigkeit.
- Wir brauchen eine Bildungsoffensive, die diesen Namen auch verdient. Wir brauchen mehr Kitas, bessere Schulen und mehr Studierende. Die Ausgaben für Bildung müssen mittelfristig auf skandinavisches Niveau angehoben werden.

Damit aber nicht genug. Eine politische und programmatische Erneuerung der SPD kann nur gelingen, wenn auch Personen in die Führungsspitze der Partei aufrücken,

